

Rückblick 2016



Januar

In Stuttgart beschlossen wir unser Regierungsprogramm und ehrten unseren sozialdemokratischen Vordenker Erhard Eppler. Das Kultusministerium gab zudem bekannt, dass die Gemeinschaftsschule immer beliebter wird. Im vergangenen Sommer wechselten 13,3 Prozent der Kinder auf eine Gemeinschaftsschule. Dies ist ein Plus von drei Prozent. Beim Punkt Innere Sicherheit wurde die Polizeireform von externen Gutachtern für die professionelle Arbeit gelobt.

Februar

Katrin Altpeter konnte ein Fazit zum Landesarbeitsmarktprogramm ziehen. Das Land investierte 73 Millionen Euro für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Mit diesen Mitteln verhalf man vielen aus der Arbeitslosigkeit. Unser Programm wurde ein Musterbeispiel für viele andere Länder. Im Bundesrat haben wir zudem eine Initiative gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eingebracht. Die Umsetzung scheiterte vor allem an der CDU.

März

Ein schwarzer Tag für die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg. Mit 12,7 Prozent bekamen wir das schlechteste Landtagswahlergebnis. Unsere Fraktion verlor viele engagierte Fachpolitiker und schrumpfte auf insgesamt 19 Abgeordnete.

April

Nachdem unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft hatte, wählten wir unseren ehemaligen Kultusminister Andreas Stoch zu seinem Nachfolger. Gemeinsam mit der Landespartei analysierten wir die Wahlniederlage und entwickelten eine Zukunftsstrategie, um wieder erfolgreich bei Wahlen abzuschneiden.

Rückblick 2016

Mai

Grün-Schwarz stellte den Koalitionsvertrag unter dem Motto „Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ vor. Ein Blick in die Vereinbarung mit stolzen 140 Seiten machte jedoch schnell klar, dass wenig konkrete Aussagen getroffen wurden. Die Wörter „prüfen“ und „evaluieren“ in gefühlt jedem zweiten Satz untermauern dies. Andreas Stoch fasste es als „Papier der leeren Worthülsen“ zusammen.

Juni

Die AfD machte sich erstmals im Parlament bemerkbar. Der Landtag musste sich mit den antisemitischen Aussagen von Wolfgang Gedeon befassen. Inhaltliche Auseinandersetzungen bleiben leider auf der Strecke. Es folgte in den kommenden Monaten Gedeons Austritt aus der Fraktion sowie Spaltung und Wiedervereinigung der AfD-Fraktion. Für dieses Hin und Her muss der Wähler mit seinen Steuergeldern tief in die Tasche greifen.

Juli

Mitte Juli wurden die geheimen Nebenabsprachen zwischen Grün und Schwarz bekannt. Dort wurden Milliardenausgaben und haushaltsrelevante Forderungen festgehalten, die im öffentlichen Koalitionsvertrag verschwiegen bzw. ganz anders dargestellt wurden. Für uns als Opposition eine gute Vorlage, um die Regierung zu stellen.

August

Die neue Regierung dümpelt nun seit 100 Tagen herum. In dieser Zeit beschäftigte man sich meistens mit sich selbst und versorgte Parteiliebe. 22 zusätzliche Stellen wurden im Staatsministerium zur Kontrolle der Ministerien geschaffen. 99 zusätzliche Stellen gab es dafür in den anderen Ministerien und sechs zusätzliche Staatssekretäre blähen nun den Regierungsapparat weiter auf. Politisch wurden ausschließlich grün-rote Projekte zum Abschluss gebracht, eine grün-schwarze Handschrift ist noch immer nicht erkennbar. Man ruht sich auf der guten Regierungsarbeit der Vorgängerregierung bequem aus.

Rückblick 2016

September

Gespannt schauten wir nach Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Dort wurden zwar Erwin Sellering und Michael Müller im Amt bestätigt, jedoch gewannen die Rechtspopulisten Sitze in den Landesparlamenten. In Baden-Württemberg gibt die Regierung indes bekannt, dass sie trotz steigender Schülerzahlen Lehrerstellen streichen möchte. Von der AfD hört man weiter nichts als Gegröle – parlamentarische Arbeit: Fehlanzeige.

Oktober

Es wurde bekannt, dass es noch mehr Nebenabsprachen gibt. Im Plenum fordern wir die Veröffentlichung aller geheimen Absprachen. Der Regierung ist das am Ende jedoch ein bisschen zu viel Transparenz. Unsere weiteren Forderungen im Oktober waren die Stärkung der Polizei, Umsetzung des Armuts- und Reichtumsberichts sowie die Schaffung einer Enquete zur Bildungsqualität in Baden-Württemberg. Wir kritisierten die geplante Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studenten.

November

Trump wurde US-Präsident, Steinmeier Kandidat für das Bundespräsidentenamt, Schulz gab seinen Wechsel in die Bundespolitik bekannt und Kretschmann sprach sich für eine weitere Amtszeit von Merkel aus. Außerdem lehnte er fast im gleichen Atemzug, auf Kosten der Kommunen, Bundesmittel für Schulsanierungen ab. In langwierigen Haushaltsdiskussionen forderten wir unter anderem mehr Geld für Bildung und Innere Sicherheit. Zudem beschäftigten wir uns mit dem Entgeltgleichheitsgesetz, Bundesteilhabegesetz, setzten ein klares „Nein“ zur Privatisierung von Bundesfernstraßen und begrüßten die Aussetzung der Türkei-Beitrittsgespräche.

Dezember

Nach anfänglicher Findungsphase sind wir in der Opposition angekommen. In den nächsten Jahren werden wir vehement klar machen, dass die SPD als Korrektiv einer unsozialen und unausgegorenen grünen Politik fehlt. Weder CDU noch Grüne ziehen an einem Strang, Stillstand und sich ständig widersprechende Aussagen sind die Folge. Das Ziel ist klar: das Land braucht wieder eine starke SPD mit klarem Profil!